

Ini3

Jusos Mitte

Die KDV möge beschließen:

Durch Denk- und Mahnmale an deutsche Kolonialverbrechen erinnern – für eine feministische und dekoloniale Erinnerungskultur in Mitte

1 Nicht nur Deutschland allgemein tut sich
 2 schwer mit der Aufarbeitung seiner kolonia-
 3 len Vergangenheit, sondern auch Berlin und
 4 auch der Bezirk Mitte. Deutlich wird dies an
 5 den Diskussionen, die wir zu der Friedens-
 6 statue in Moabit bereits geführt haben und
 7 schon wieder führen müssen. Trotz Beschluss
 8 der Kreisdelegiertenversammlung 2021, die
 9 Friedensstatue in Moabit erhalten zu wollen,
 10 hat sich die SPD-Fraktion in der Bezirksver-
 11 ordnetenvertretung (BVV) in Mitte gegen die-
 12 se basisdemokratische Entscheidung gestellt
 13 und bei dieser wichtigen Abstimmung ent-
 14 halten. Dieses Vorgehen kritisieren wir aufs
 15 deutlichste. Zudem erkennen wir, dass es in
 16 Mitte einer breiten und vielfältigen dekolonia-
 17 lalen Erinnerungskultur mangelt. Denn wir
 18 haben noch immer in unserem Bezirk viel-
 19 fach Straßen, Plätze und Institutionen, wel-
 20 che nach Verbrechen benannt sind. Diese
 21 Tatsache löst nach wie vor täglich Trauer, Ver-
 22 letzungen und Wut bei Betroffenen und Hinter-
 23 bliebenen der Opfer aus. Dabei sollte es
 24 unser klarer Anspruch sein, dauerhaft auf den
 25 physischen und psychischen Schmerz sowie
 26 die lebenslange Traumatisierung von Kriegs-
 27 opfern allgemein und insbesondere von Frau-
 28 en und nicht-binären Personen durch sexuali-
 29 sierte Gewalt in Kriegen aufmerksam zu ma-
 30 chen. **Wir fordern somit erstens, die explizi-
 31 te Verpflichtung der SPD-Fraktion in der BVV,
 32 sich an die KDV-Entscheidung zu halten und
 33 für den dauerhaften Erhalt der Friedenssta-
 34 tue in Moabit auch in Zukunft einzusetzen.
 35 Des Weiteren fordern wir die SPD-Mitglieder
 36 der BVV und unseren Stadtrat auf, sich für
 37 weitere dauerhafte Denk- und Mahnmale in
 38 jedem Ortsteil in Mitte einzusetzen, die an
 39 unterschiedlichen öffentlichen Plätzen an die
 40 Kolonialverbrechen allgemein und insbeson-**

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Nicht nur Deutschland allgemein tut sich
 schwer mit der Aufarbeitung seiner kolo-
 nialen Vergangenheit, sondern auch Berlin
 und auch der Bezirk Mitte. Deutlich wird
 dies an den Diskussionen, die wir zu der
 Friedensstatue in Moabit bereits geführt ha-
 ben und schon wieder führen müssen. ~~Trotz~~
~~Beschluss der Kreisdelegiertenversammlung~~
~~2021, die Friedensstatue in Moabit erhalten~~
~~zu wollen, hat sich die SPD-Fraktion in~~
~~der Bezirksverordnetenvertretung (BVV)~~
~~in Mitte gegen diese basisdemokratische~~
~~Entscheidung gestellt und **mehrheitlich** bei~~
~~dieser wichtigen Abstimmung enthalten.~~
 Dieses Vorgehen kritisieren wir aufs
 deutlichste. Zudem erkennen wir, dass
 es in Mitte einer breiten und vielfältigen de-
 kolonialer Erinnerungskultur mangelt. Denn
 wir haben noch immer in unserem Bezirk
 vielfach Straßen, Plätze und Institutionen,
 welche nach Verbrechen benannt sind. Die-
 se Tatsache löst nach wie vor täglich Trauer,
 Verletzungen und Wut bei Betroffenen und
 Hinterbliebenen der Opfer aus. Dabei sollte
 es unser klarer Anspruch sein, dauerhaft auf
 den physischen und psychischen Schmerz
 sowie die lebenslange Traumatisierung von
 Kriegsoptionen allgemein und insbesondere
 von Frauen und nicht-binären Personen durch
 sexualisierte Gewalt in Kriegen aufmerksam
 zu machen. **Wir fordern somit erstens, die
 explizite Verpflichtung der SPD-Fraktion in
 der BVV, sich an die KDV-Entscheidung zu
 halten und für den dauerhaften Erhalt der
 Friedensstatue in Moabit auch in Zukunft
 einzusetzen. Des Weiteren fordern wir die
 SPD-Mitglieder der BVV und unseren Stadtrat
 auf, sich für weitere dauerhafte Denk- und
 Mahnmale in jedem Ortsteil in Mitte einzu-**
setzen, die an unterschiedlichen öffentlichen

41 dere an die Verbrechen der deutschen Kolo-
42 nialtruppen erinnern. Hierbei soll vor allem
43 auch die Perspektive von Frauen und nicht-
44 binären Personen aufgegriffen werden, da
45 bisher koloniale Vergangenheit hauptsäch-
46 lich aus einer männlichen Perspektive ge-
47 dacht wird. An die Gestaltungs- und Pla-
48 nungsprozesse sollten insbesondere betrof-
49 fene Interessenvereinigungen sowie Decolo-
50 nize Berlin beteiligt werden. Daneben for-
51 dern wir die SPD-Mitglieder der BVV und un-
52 seren Stadtrat auf, sich für Denk- und Mahn-
53 male auf dem Nettelbeckplatz und Nachti-
54 galplatz einzusetzen. Diese sollten mindes-
55 tens so lange dort stehen, bis diese Plätze er-
56 folgreich umbenannt werden. Damit klar er-
57 kennbar wird, dass nicht den Tätern, sondern
58 der Opfer bzw. Betroffenen gedacht und erin-
59 nert werden soll.

60
61
62
63
64

Plätzen an die Kolonialverbrechen allgemein
und insbesondere an die Verbrechen der
deutschen Kolonialtruppen erinnern. Hierbei
soll vor allem auch die Perspektive von Frau-
en und nicht-binären Personen aufgegriffen
werden, da bisher koloniale Vergangenheit
hauptsächlich aus einer männlichen Per-
spektive gedacht wird. An die Gestaltungs-
und Planungsprozesse sollten insbeson-
dere betroffene Interessenvereinigungen
sowie Decolonize Berlin beteiligt werden.
Daneben fordern wir die SPD-Mitglieder der BVV und unseren St-
adtrat auf, sich für Denk- und Mahnmale auf dem Nettelbeckplatz
und ~~dem künftigen Manga-Bell-Platz~~
einzusetzen. ~~Diese sollten~~
~~mindestens so lange dort stehen, bis diese Plätze erfolgreich um-~~
benannt werden. ~~Für uns ist klar: Über eine im öffentlichen~~
~~Raum manifestierte Perspektivumkehr muss~~
~~erkennbar werden, dass nicht den Täter:in-~~
~~nen, sondern sichtbar den Betroffenen~~
~~gedacht und erinnert werden soll. Damit~~
klar erkennbar wird, dass nicht den Tätern,
sondern der Opfer bzw. Betroffenen gedacht
und erinnert werden soll.